

Schulleiter: Wir werden in der Corona-Krise alleingelassen

Kritik an der Landesregierung wächst / 1900 niedersächsische Schüler positiv getestet / GEW Hildesheim fordert Masken und Filtersysteme

Von Michael B. Berger

Hannover. Wenige Tage vor neuen Bund-Länder-Gesprächen zu den Corona-Maßnahmen in Deutschland verschärft sich in Niedersachsen die Kritik an Kultusminister Grant Hendrik Tonne. Der SPD-Politiker gerät auch in der eigenen rot-schwarzen Regierungskoalition wegen seiner Corona-Schulpolitik unter Druck, die Bildungsverbände im Land äußern ebenfalls massiven Unmut. „Die bisherigen Strategien reichen nicht“, sagte Mareike Wulf, stellvertretende Fraktionsvorsitzende der CDU im Landtag.

Es herrsche derzeit eine große Verunsicherung in den Schulen, beklagte Schulexperte Björn Försterling (FDP) bei einer Aktuellen Stunde zum Thema im Landtag. Auch Wulf zeichnete zur Überraschung des Koalitionspartners ein eher schlechtes Bild der derzeitigen Politik. Es könne nicht sein, dass die Schulen den Job der Gesundheitsämter übernehmen müssten. „Machen Sie zur Not Vorgaben, Herr Minister“, sagte Wulf an die Adresse Tonnes. Der Minister müsse seinen Kurs ändern und auch „notfalls“ vorschreiben, wie überbesetzte Schulbusse genutzt werden.

Verunsicherung in den Schulen hatte es zuletzt unter anderem deshalb gegeben, weil die Region Han-

nover den Schulleitern die Entscheidung über den Umstieg auf das Wechselmodell, bei dem Schüler in getrennten Lerngruppen abwechselnd zu Hause und in der Schule unterrichtet werden, selbst überlassen wollte. Das eigentlich zuständige Gesundheitsamt hatte eingeräumt, dass die Mitarbeiter mit der Vielzahl der Fälle überfordert sind. Das Land kassierte die Regionsregelung dann wieder.

Heftige Kritik äußerte am Mittwoch der Schulleitungsverband Niedersachsen. „Verunsicherung und Wut machen sich breit, wenn Klarheit und Orientierung fehlen“, heißt es in einer Erklärung. „Wir haben schon den Eindruck, dass wir in dieser Krise alleingelassen werden“, sagt Andrea Kunkel, Vorsitzende des Verbandes und Grundschullehrerin in Langenhagen-Godshorn. Die Situation habe sich in den vergangenen Tagen zugespitzt, es sei jetzt unbedingt erforderlich, dass die Entscheidungsbefugnisse der Schulleitungen ausgeweitet würden. Diese sollten eigenverantwortlich über einen Szenarienwechsel befinden. Ferner brauche man klare Handlungsabläufe.

Es sei unverständlich, dass Wünsche wie etwa die Anschaffung von Luftreinhaltegeräten oder ausreichend FFP-2-Masken für die Lehrer am Geld scheiterten, kritisierte Lau-

GEW fordert Szenario B

Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) fordert die Landesregierung auf, die Schulen komplett ins Szenario B zu schicken – so lange, bis der Inzidenzwert wieder unter 35 fällt. Der Kreisverband Hildesheim spricht davon, dass die Lehrer derzeit „verheizt“ würden, weil sie nicht einmal die vorgeschriebenen Masken gestellt bekämen. Das Land als Arbeitgeber sei aber dazu verpflichtet, die erforderlichen Schutzmaßnahmen zu ergreifen und etwa Masken und Luftfiltersysteme zur Verfügung zu stellen. Dass dies noch nicht geschehen sei, bezeichnet die GEW als „bodenlose Frechheit“. *cha*

Mehr zum Thema
Seiten 2, 3, 15

ra Pooth, Vorsitzende von Niedersachsens Lehrergewerkschaft GEW. Auch der Verband Niedersächsischer Lehrkräfte ist alarmiert. „Unsere Schulen sind keine Oasen der Sicherheit, auch wenn unser Kultusminister versucht, diesen Eindruck zu erwecken“, sagte Landesvorsitzender Torsten Neumann.

Tonne wies die im Landtag erhobenen Vorwürfe zurück. „Schulleiter dürfen schon rein rechtlich keine Quarantäne anordnen“, sagte Tonne. „Unsere Schulen sind pandemiefest, und sie stellen das seit zwei Wochen unter Beweis.“

Nach Angaben des Deutschen Lehrerverbandes befinden sich in Deutschland etwa 300 000 Schüler sowie bis zu 30 000 Lehrer in Quarantäne. In Niedersachsen hat es seit Beginn des Schuljahres 1900 positive Corona-Tests bei Schülern gegeben. Das hat das Kultusministerium am Mittwoch auf Anfrage mitgeteilt. Hinzu kämen der Landesschulbehörde zufolge 334 positive Tests bei Lehrern sowie 167 positive Tests bei weiteren Schulbeschäftigten.

Das Ministerium sah sich angesichts dieser Zahlen mit Blick auf den Meldezeitraum von zweieinhalb Monaten und 1,1 Millionen Menschen an den Schulen darin bestätigt, dass die Schulen „keine Infektionstreiber“ seien.